



So geht es beim Impfen weiter

Immer mehr Berufsgruppen in Rheinland-Pfalz werden für den Piks gegen Corona zugelassen. Auch die Polizei legt los. Die meisten freuen sich auf den Impfstoff von Astrazeneca.

Ersehnter Piks für Polizisten: Den Anfang machten am Donnerstag fast 180 Beamte, die die vier Impfzentren im Land für die übrigen 11 000 Angehörigen der Polizei betreiben werden.

Foto: dpa

Polizisten und Justizvollzugsbedienstete werden in Rheinland-Pfalz seit Donnerstag Corona-Schutzimpfungen verabreicht. Die ersten Erzieher und Grundschullehrer sollen ab Montag eine Spritze bekommen, ebenso wie etliche andere Berufsgruppen aus dem Gesundheitssektor. Das bundesweite Pilotprojekt für die Impfung bettlägeriger über 80-Jähriger in ihren Wohnungen beginnt ebenfalls am Montag. Die rund 360 000 Rheinland-Pfälzer im Alter zwischen 70 und 79 Jahren sollen von Mitte März an Impftermine vereinbaren können – und werden vorher per Brief darüber informiert. Ein Überblick:

Altenheime: In den 474 Alten- und Pflegeheimen habe sich die Infektionslage aufgrund der „Kombination aus Impfungen und Testungen“ deutlich entspannt, sagte Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD). „Die Infektionszahlen sind rapide gesunken.“ Für Lockerungen der Besucherregelungen sei es aber – auch mit Blick auf die Virusvarianten – noch zu früh. Aktuell sei nur noch von 265 infizierten Bewohnern in 66 Einrichtungen auszugehen, vor dem Impfstart im Dezember waren 2000 Bewohner mit Covid-19 infiziert. Eine Infektion nach der ersten Impfung sei möglich, verlaufe aber in der Regel glimpflicher. Die Zweitimpfungen sollen noch in dieser Woche abgeschlossen werden – für rund 80 Prozent der Bewohner und gut 70 Prozent der Beschäftigten. Die mobilen Impfteams schließen eine zweite Runde für die übrigen Bewohner und Mitarbeiter an.

Pilotprojekt für Bettlägerige: Das bundesweit erste Pilotprojekt für die rund 20 000 über 80 Jahre

alten bettlägerigen und nicht mobilen Menschen beginnt ebenfalls am Montag. Bis Ende April soll allen Betroffenen ein Angebot gemacht worden sein. Den Anfang machen vier ländliche hausärztliche Pilotpraxen – in Bitburg, Mayen (beide Eifel), Wendelsheim (Rheinessen) und Münchweiler (Pfalz). Los geht es mit 40 Patienten. Bei dem Modellprojekt werden Abläufe sowie Registrierung und Dokumentation erprobt, dafür sei eigens ein Portal eingerichtet worden, sagte Ministerin Bätzing-Lichtenthäler.

Polizei: Die rund 13 800 Beschäftigten bei der Polizei werden in vier eigens dafür eingerichteten internen Impfzentren geimpft. Den Anfang machten am Donnerstag in Mainz die fast 180 Polizisten, die die vier Impfzentren in Mainz, Enkenbach-Alsenborn, Wittlich-Wengerohr und Koblenz für die übrigen Beamten betreiben werden, sagte Innenminister Roger Lewentz (SPD) beim Start. Etwa 11 200 Angehörige der Polizei und damit

mehr als 80 Prozent hätten sich bereits für die Impfung mit dem Präparat von Astrazeneca gemeldet. Bis zum 26. März sollen mehr als 7000 Polizisten geimpft sein, alleamt operative Einsatzkräfte. Die übrigen etwa 4000 Beschäftigten sollen im April ihre Spritzen bekommen.

Rund 450 Polizisten seien bisher positiv auf das Virus getestet worden, und etwa 90 seien derzeit in Quarantäne oder häuslicher Isolation, sagte Lewentz. Die Beamten seien besonders gefährdet. Die Vorsitzende des Hauptpersonalrats und der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Sabrina Kunz, unterstützte die Impfkation und kündigte an, sich impfen zu lassen, sobald sie an der Reihe sei.

Justizvollzug: Alle rund 2000 Beschäftigte können sich in den nächsten Tagen impfen lassen. Die ersten etwa 30 bekamen gestern im Justizvollzugskrankenhaus in Wittlich ihre erste Dosis. „Nur mit flächendeckenden Impfungen werden wir ‚Stich für Stich‘ aus der

Pandemie kommen“, so Justizminister Herbert Mertin (FDP).

Astrazeneca: Etwas weniger als 10 Prozent der Impfungen mit dem Vakzin von Astrazeneca werden landesweit in den 32 Impfzentren abgesetzt, mit regionalen Unterschieden, wie Landesimpfkoordinator und Gesundheitsstaatssekretär Alexander Wilhelm (SPD) sagte. Das seien mehr als bei den anderen Impfstoffen. Bei der Polizei hätten sich fast alle einverstanden erklärt, sich mit dem Präparat von Astrazeneca impfen zu lassen, sagte Lewentz. Neue Studien zeigten: „Das ist ein höchst effektiver Wirkstoff“. (siehe Text unten)

Lehrer und Erzieher: Die rund 58 000 Beschäftigten von Kindertagesstätten sowie Grund- und Förderschulen können von diesem Samstag an online Termine in den Impfzentren vereinbaren. Die ersten Termine seien bereits am Montag möglich, sagte Ministerin Bätzing-Lichtenthäler. Möglich ist das auch für Tageseltern. Diese Grup-

pe soll bis Ostern ihr Impfangebot bekommen haben.

Andere Berufsgruppen: Hebammen, Personal aus therapeutischen Praxen, Mitarbeiter körpernaher medizinischer Dienstleistungen, wie etwa Podologen, Personal in Rehakliniken und geriatrischen Kliniken sowie von Hausnotrufen, sollen sich ebenfalls ab Montag impfen lassen können. Zu der Gruppe gehört auch das Personal des öffentlichen Gesundheitsdienstes und der Krankenhausinfrastruktur, niedergelassene Ärzte, Zahnärzte und die Beschäftigten in Corona-Praxen. Wie viele Menschen das sind, war noch unklar.

Freiwilligen: Wer freiwillig im Kampf gegen Corona hilft und etwa die Abläufe in Altenheimen unterstützt oder Tests übernimmt, dem solle ebenfalls bald ein Impfangebot gemacht werden, sagte die Ministerin. Dies gelte auch für die, die bei der Einführung der Teststationen mit Schnelltests helfen. Details dazu sind noch offen.

Ältere Menschen: Die rund 110 000 noch im Impfpool registrierten über 80-Jährigen sollen bis spätestens Mitte März per Post verbindliche Termine für eines der Impfzentren bekommen. Gut 70 000 Menschen dieser Altersgruppe seien bereits geimpft. Die Erstimpfungen sollten am 3. April abgeschlossen sein. Ab Mitte März können voraussichtlich die 70- bis 79-Jährigen Termine abmachen. Sie würden vorher angeschrieben.

Zahl der Impfungen: Bis Ende März sollen rund 10 Prozent der Rheinland-Pfälzer geimpft sein. Wie schnell es dann weitergehe, hänge von den gelieferten Impfstoffmengen ab, sagte Bätzing-Lichtenthäler. Sie versprach, alles möglichst schnell zu verabreichen. Im Ranking der Bundesländer ist Rheinland-Pfalz nach wie vor in der Spitzengruppe. Allein in der nächsten Woche sollen 65 000 Erst- und 5000 Zweitimpfungen erfolgen.

Wie es weitergeht? Wenn genug Impfstoff da ist, könne in den 32 Impfzentren mit ihren 66 Impfstraßen in zwei Schichten geimpft werden – mehr als 20 000 Menschen am Tag. Dazu sollen dann auch die Hausarztpraxen kommen.

Ersatzkandidaten: Wenn Impfstoff übrig bleibt, soll dieser nur an Menschen aus der Prioritätenliste abgegeben werden. Dies habe das Ministerium den Betreibern der Impfzentren Mitte Januar mitgeteilt und stichprobenartig überprüft, sagt Bätzing-Lichtenthäler. In Einzelfällen könnten solche Reste auch an andere gegeben werden sein, sagte Wilhelm. Eine Liste darüber gebe es nicht. Über strafrechtliche Sanktionen werde auf Bundesebene beraten.

Hintergrund

Astrazeneca reduziert Risiko für Klinikaufenthalt wegen Covid-19 um 94 Prozent

In der Bevölkerung in Deutschland herrscht gegenüber dem Impfstoff Astrazeneca weiterhin ein gewisser Vorbehalt: Wegen fehlender Testdaten soll er nicht an Menschen über 65 verimpft werden, außerdem wird über seine Wirksamkeit diskutiert. Diese liegt etwa 20 Prozentpunkte unter der von Biontech/Pfizer und Moderna. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und führende Experten, darunter der Virologe Christian Drosten, attestieren dem

Impfstoff aus Großbritannien dennoch eine hohe Wirksamkeit.

Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat die Menschen mit Nachdruck dazu aufgerufen, sich gegen Corona impfen zu lassen. „Schneller zu impfen, das ist das Gebot der Stunde“, sagte er in einem Videogespräch mit Ärzten und Pflegekräften aus Bayern über Stand und Entwicklung der Impfkampagne. Er habe deshalb wenig Verständnis für die

Zurückhaltung gegenüber dem einen oder dem anderen Impfstoff. „Das ist ein Luxusproblem – erst recht aus der Sicht von Millionen Menschen, die noch auf die erste Dosis warten“, sagte Steinmeier. Alle zugelassenen Impfstoffe verdienen Vertrauen, betonte er.

Zahlen und Studien aus Schottland bestätigen das: Schon die erste der zwei Impfungen mit dem Präparat von Astrazeneca kann einer vorläufigen Datenauswertung zu-

folge das Risiko eines Klinikaufenthalts wegen Covid-19 wohl um bis zu 94 Prozent reduzieren. Das geht aus einer jüngst vorgelegten Analyse mehrerer schottischer Universitäten und der Gesundheitsbehörde Public Health Scotland hervor. Das Vakzin von Biontech und Pfizer reduziert das Risiko einer Hospitalisierung mit der ersten Dosis demnach um rund 85 Prozent. Die Werte gelten demnach für die vierte Woche nach Erhalt der ersten Dosis.

EU will Corona-Pass für freies Reisen

Für Geimpfte rückt Urlaub in Ländern der Union in greifbare Nähe – Grenze nach Frankreich bleibt offen

Die EU will bis zum Sommer einen Impfpass entwickeln. „Das brauchen wir“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem ersten Tag des virtuellen Gipfeltreffens der 27 Staats- und Regierungschefs. Innerhalb der kommenden drei Monate soll von der EU-Kommission die technische Infrastruktur errichtet werden. Gedacht sei, so Merkel weiter, an eine Vernetzung der nationalen Impfausweise, die digital miteinander verbunden würden, sodass die Informationen bei der Ein- oder Ausreise in alle Mitgliedstaaten ausgelesen werden können.

Damit will die Gemeinschaft eine Lösung schaffen, wie sie bereits in Israel mit der grünen Karte eingeführt wurde. Für die bis dahin geimpften EU-Bürger rückt damit ein Urlaub in den Ländern der Union in greifbare Nähe. Für Fernreisen brauche es allerdings eine globale

Regelung, hieß es am Abend in Brüssel. Athen, Madrid, Lissabon und Wien hatten auf einen grünen Impfpass nach dem Vorbild Israels gedrängt. Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz sprach von der „vollen Freiheit“, die er den Impfpassinhabern geben wolle. Er freue sich auf viele Urlaube aus Deutschland in Österreich.

Unrealistisch erscheint das nicht. Die Staatenlenker bekräftigten das Ziel der EU-Kommission, bis zum Sommer mindestens 70 Prozent der erwachsenen EU-Bürger ein Impfangebot gemacht zu haben. Dafür müssten die Impfstoffe aber in den kommenden Wochen, so wie bestellt, geliefert und von den Mitgliedstaaten auch konsequent verimpft werden. „Wir müssen bereit sein, die Vakzine zu den Menschen zu bringen“, appellierte Merkel an die Regierungen der 27 Länder. Ob das realistisch ist? Neben den drei



In dem gelben Impfheft wird die Covid-19-Impfung registriert. Bis zum Sommer will die EU einen digitalen Impfpass entwickeln.

Foto: dpa

bereits zugelassenen Impfstoffen erwartet die EU in den nächsten Wochen die Zulassung zweier weiterer Produkte der Hersteller Johnson & Johnson sowie Novavax,

bis Juni soll noch ein zusätzliches Vakzin des Herstellers Curevac dazu kommen. Im zweiten Quartal werde Biontech zudem große Anteile einer zweiten Bestellung über

zusätzliche 300 Millionen Dosen den EU-Staaten zur Verfügung stellen. Und die will man offenbar konsequenter in der Union halten. „Die USA exportierten keinen Impfstoff, Großbritannien nur wenig. Dagegen stellt Europa für die gesamte Welt her“, betonte die Bundeskanzlerin.

Erst am Mittwoch dieser Woche schickte die Gemeinschaft 600 000 Dosen an den afrikanischen Staat Ghana. Ein weiteres Kontingent soll in den kommenden Tagen für die Bevölkerung der Elfenbeinküste bereitgestellt werden. Um zu verhindern, dass die EU am Ende die ersehnten Vakzine nur für andere herstellt, selbst aber das Nachsehen hat, will Brüssel nun offensiv über einen Exportstopp für den Fall nachdenken, dass die Unternehmen „ihre uns gegebenen Zusagen nicht erfüllen“, so Merkel weiter. Die Staats- und Regierungschefs

unterstützten dabei die Pläne der Kommission, die inzwischen eine Taskforce eingerichtet hat, um langfristig genügend Impfstoffe sicherzustellen. Angesichts der Mutanten rechnet man in Brüssel damit, dass angepasste Vakzine „noch auf Jahre hinaus gebraucht werden – ähnlich wie bei der Grippe“.

Das vermeintlich „heiße“ Thema der Grenzschließungen ging dagegen am ersten Tag des EU-Gipfels nahezu unter. Österreich, die Slowakei und Tschechien beschwerten sich bei Bundeskanzlerin Angela Merkel über die deutschen Kontrollen an den Übergängen, die die Kanzlerin als „beschränkte Schließung“ begründete und versprach, die Einreise nach Deutschland für Pendler und Lkw zu beschleunigen. Die Übergänge zwischen Deutschland und Frankreich sollen dagegen offenbleiben, erklärte Merkel. **Detlef Drewes**